

## Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät\*innen Mag. Nicole Berger-Krotsch (SPÖ), Mag. Marcus Gremel, MBA (SPÖ), Dr. Kurt Stürzenbecher (SPÖ), Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS), Thomas Weber (NEOS) und Mag. Bettina Emmerling, MSc (NEOS) für den Gemeinderat am 21.03.2024.

### **Betreffend: Minderjährige Straftäter: Verstärkte Präventionsmaßnahmen um Gewalt zu verhindern und Opfer wirksam zu schützen**

In den letzten Wochen hat ein schrecklicher Fall des sexuellen Missbrauchs an einer Minderjährigen die Öffentlichkeit erschüttert. Diese wurde mutmaßlich monatelang durch eine Gruppe Jugendlicher sexuell missbraucht, wobei Täter involviert waren, deren Alter unterhalb der Strafmündigkeitsgrenze von 14 Jahren lag. Die unmittelbare politische und mediale Aufarbeitung mündete alsbald in der Forderung, das Strafmündigkeitsalter von Jugendlichen zu senken.

Der vermeintlich abschreckende Effekt von Gefängnisstrafen im Sinne eines kriminalpräventiven Ansatzes bei Kindern und Jugendlichen ist laut Expert:innen jedoch kaum vorhanden. Um die Gewaltbereitschaft junger Burschen zu beseitigen, geht es vielmehr darum, Frauenfeindlichkeit und sexualisierte Gewalt an jungen Mädchen durch junge Täter zu verhindern und präventivwirksame Maßnahmen zu etablieren und zu forcieren. Freiheitsstrafen in jungen Jahren führen nachweislich zu einer frühzeitigen Kriminalkarriere, die sich ein Leben lang fortsetzen kann und oftmals in Radikalisierung, beziehungsweise einem Leben ohne Perspektiven mündet. Aber keinesfalls eine gelungene Reintegration in die Gesellschaft fördert. Expert:innen raten ganz klar davon ab und empfehlen viel mehr, dass verstärkt sozialpädagogische und psychiatrische Maßnahmen gesetzt werden, damit eine positive Zukunftsprognose gegeben werden kann. Der bundesweite Ausbau von präventiv wirksamen Maßnahmen ist daher ein Gebot der Stunde, um Opfer besser zu schützen und die Entstehung von (Jugend)Gewalt bereits im Vorfeld zu verhindern.

Die gefertigten Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

## Beschluss- (Resolutions) Antrag

Der Gemeinderat fordert daher die Bundesregierung insbesondere den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung Dr. Martin Polaschek, den Bundesminister Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Mag. Johannes Rauch, die Bundesministerin für Justiz Dr.<sup>in</sup> Alma Zadic, LL.M und die Bundesministerin für Frauen, Integration, Familie und Jugend MMag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Susanne Raab auf, ein umfassendes Maßnahmenpaket zu erarbeiten, um österreichweit verstärkt Präventionsarbeit leisten zu können, so dass Straftaten erst gar nicht zu Stande kommen und vor allen Dingen auch den Opferschutz bundesweit verantwortungsbewusst und ernsthaft zu gewährleisten.

Dieses umfassende Maßnahmenpaket hat daher folgende Aspekte zu beinhalten:

- 1) Bereitstellung von Bundesmitteln für den Ausbau der individuellen Opferbetreuung (juristisch, psychosozial, gesundheitlich);
- 2) Ausbau und Verstärkung des individuellen Schutzes von Opfern beispielsweise durch Annäherungs- bzw. Kontaktverbote für Täter;
- 3) Rasche Umsetzung von Gewaltambulanzen in jedem Bundesland - in diesen Ambulanzen soll durch Expert:innen für Gewaltdelikte möglichst früh geholfen, richtig versorgt und beraten werden können; diese Ambulanzen haben die Aufgabe Beweise zu sichern und damit die Aufklärungs- und Verurteilungsquote zu erhöhen sowie den Opfern durch ordentliche Beweissicherung mehrfache Aussagen zu ersparen;
- 4) Bundesweiter Ausbau von Resozialisierungsprogrammen für junge Straftäter;
- 5) Die Wiedereinrichtung des Jugendgerichtshofs bzw. von Jugendkompetenzzentren auf Ebene der Landesgerichte;
- 6) Einrichtung eines permanenten Expert:innengremiums bestehend aus Vertreter:innen der Kinder- und Jugendhilfe, der Polizei und Justiz, der Opferschutzeinrichtungen, der sozialen Jugendarbeit sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie, das sich mit den aktuellen Entwicklungen und Problemfeldern auseinandersetzt und allgemeingültige Empfehlungen zum Umgang mit der Problematik ausspricht.
- 7) Prüfung der bundesgesetzlichen Einführung und Finanzierung von kleinstrukturierten sozialpädagogischen bzw. psychiatrischen Wohngemeinschaften, für 12 bis 14-jährige mit Ausgangsbeschränkungen als ultima ratio, in denen eine 24-Stunden-Betreuung zur Verfügung steht und zwar außerhalb des strafrechtlichen Systems, sowie verpflichtender Anti-Gewalt- und Konfliktbewältigungstrainings.

8) Österreichweite massive Aufstockung und faire Verteilung der Studienplätze „Soziale Arbeit/Sozialpädagogik“, ein Schwerpunktausbau im Fachbereich „Schulsozialarbeit“ und die Öffnung des Arbeitsfeldes für Quereinsteiger:innen; sowie die Errichtung einer BASOP auch in der Bundeshauptstadt Wien

9) Verstärkter Ausbau digitaler Grundbildung an Schulen, indem insbesondere die Medienkompetenz breiter vermittelt wird bzw. Maßnahmen gegen Gewalt und sexualisierte Gewalt im Internet gesetzt werden können.

10) Bundesweite Finanzierung des Auf- und Ausbaus multiprofessioneller Teams inklusive Schulpsycholog:innen für jeden Schulstandort (analog dem Schulärzt:innensystem) um Schüler:innen regelmäßig betreuen zu können und präventiv tätig zu werden.

11) Bereitstellung ausreichender finanzieller Bundesmittel für den Ausbau der Burschenarbeit in Bildungseinrichtungen und in der aufsuchenden Sozialarbeit

12) Bundesweiter Ausbau und Finanzierung der Kinder- und Jugendpsychiatrie

13) Flächendeckendes Angebot der gewaltpräventiven Zusammenarbeit von Polizei und Sozialarbeit mit allen Bildungseinrichtungen sowie regelmäßige Schwerpunktaktionen bei Konflikten im öffentlichen Raum

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 21.03.2024